

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Besetzungspreis: mit Illustr., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei W. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72208. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72208

Inseratenpreise: Die Tageszeitung, Kolonelle 35 Pfg., bei Platzvorrat 40 Pfg. Stellenangebote 10 Gelp. Kolonelle 25 Pfg. Familiennachrichten von Privaten die 10 Gelp. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10 Gelp. Kolonelle 40 Pfg. bei Platzvorrat, 50 Pfg., Reklamezeile 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Die Rutschpläne der Schwerindustrie

Enthüllungen aus dem Jahre 1926

Berlin, den 11. September 1928.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:

Die deutsche Reaktion hat in Rheinland-Westfalen ihre materielle Basis. Aus Essen, Köln und Düsseldorf sind die Unsummen gekommen, mit denen die vaterländischen Verbände und die Schwarze Reichswehr finanziert worden sind. Hier schlagen die Würzeln Hugenburgs, der noch immer Vorsitzender der Abteilung Bergbau des Reichsverbandes der deutschen Industrie ist. Die Konspiratoren der Diktaturpläne aus dem Jahre 1926 saßen im Industrierevier. Trotz des verübten Schlags der preussischen politischen Polizei sind die Herren Hugenberg, Kirdorf, Wöglar usw. Sieger geblieben, weil ihre Verbindungen für die preussische Staatsmacht unüberwindlich, der legale Schutz der Staatsfremdlinger zu stark war und auch immer noch geblieben ist. Diese Erwägungen muß man anstellen, wenn die politischen Vorgänge vom Mai 1926 betrachtet werden sollen.

Der Plan der Leute um Hugenberg, Justizrat Claß usw., ging und geht auf die Schaffung der monarchistischen bzw. schwerkapitalistischen Diktatur. Uns ist ein Brief Hugenburgs vom April 1926 an Hermine, der Frau des ehemaligen Kaisers, bekannt, wo er sich bitter über die Passivität Hindenburgs in der Frage der Diktatur beschwert, aber doch hofft, in der nächsten Zeit zum Ziele zu kommen.

Reichsanwalt war im April 1926 der ehemalige Essener Oberbürgermeister Dr. Luther, ein Freund und Mann der Schwerindustrie. Mit Hilfe der Deutschen Volkspartei wurde jene bekannte Flaggenerordnung geschaffen, die zur Regierungskrise und zum Sturz Luthers führen mußte. In der Deutschen Volkspartei sitzen aber Mitglieder der Diktaturpläne, mindestens ist dies von Bögel bekannt. Aber auch Luther muß von diesen Dingen gewußt haben.

Der Plan Hugenburgs und seiner Freunde ging dahin, mit Hilfe der Reichswehr und der vaterländischen Verbände (Sportverein Olympia) den sogenannten kalten Putz durchzuführen.

Am 12. April fand in Essen eine Besprechung zur Durchführung dieser Aktion statt. Am 26. 4. 1926 schreibt Justizrat Claß dann an den damaligen Bürgermeister Neumann nach Lübeck:

Ich wage zu hoffen, daß wir doch ans Ziel kommen, besonders wenn sich gewisse Dinge jetzt zuspitzen, wie es doch den Anschein hat.

Claß hat jedoch sein Ziel nicht ganz erreicht. Wohl gelang es Luther, den alten Hindenburg zu bewegen, den Reichsminister Geßler mit der Kabinettsbildung zu beauftragen, aber Geßler stürzte über den Widerstand einer ganz bedeutenden politischen Persönlichkeit, die folgende Intrigue einleitete:

Der Kabinettsplan war fertig, Oberbürgermeister Neumann, Reichsanwalt; Hugenberg, Reichsfinanzminister; Dr. Wegener (ein Industrieller aus Aachen in Bayern), Reichsinnenminister; General von Mohl, Reichswehrminister; Dr. Freiberger von Lünig (Präsident der rheinischen Landwirtschaftskammer aus Bonn), Ernährungsminister. Von diesen Dingen hatte jene rechtsgerichtete „bedeutende politische Persönlichkeit“ Kenntnis und informierte die preussische politische Polizei. Darauf-

hin ließ der Staatssekretär Weismann (Severing war in Urlaub) sofort die Schutzpolizei in ganz Preußen alarmieren. Das Reichsbanner wurde aufgehoben. Es gelang aber der Polizei nicht, die Zusammenhänge zu klären, auch nicht die Verbindungen zwischen der Reichswehr und den vaterländischen Verbänden zu lösen. Kapitän Ehrhardt und Oberst Düsterberg waren ein oder zwei Tage verschwunden, kehrten aber zurück; sie waren informiert, daß die politischen und militärischen Stellen der Rutschisten nicht von der Polizei überrascht worden waren.

Die Maßnahmen der Abteilung Ia sind durch Stellen der Reichsregierung durchkreuzt worden. Die oben erwähnte „politische Persönlichkeit“ hatte ihre Pläne erreicht. Es hatte nicht in ihrer Absicht gelegen, die ihr selbst nachteiligenden Kreise der Schwerindustrie zu verhaarsen. Aber das Verhängnis nahm seinen Lauf. Nicht umsonst war der Verbindungsmann Hugenburg zum Reichswehrministerium der berühmte Oberst Nicolaï.

Die Hausdurchsuchungen in Rheinland-Westfalen mußten ergebnislos verlaufen, denn der in Rheinland-Westfalen befindliche Kreis der Rutschisten war bereits gewarnt. Die Warnung erfolgte durch die amtliche Telephonagentur WTB. Wer stand hinter dieser Warnung?

Es war kein anderer als der Oberregierungsrat Mühlstein, der Adjutant und Helfer des famosen Reichskommissars zur Ueberwachung der öffentlichen Ordnung, Herrn Oberst Künzer. Mühlstein war bis zu seiner Ernennung Staatsanwalt in Württemberg, aber unter dem Bürgerblock zeichnete er sich durch seine Tatkraft zur Abstellung Ia aus.

Während die Hausdurchsuchungen in Berlin noch nicht abgeschlossen waren, fand am 11. Mai 1926 nachmittags und abends statt, meldete das WTB auch schon die Hausdurchsuchungen in Rheinland-Westfalen, und zwar — daß sie vollkommen ergebnislos verlaufen waren. Während die Hausdurchsuchungen in Berlin nun bei Hugenberg, Claß, Hans von Sodenstern und Dr. Stadler einen Haufen Material für die staatsfeindlichen Bestrebungen Hugenburgs und Konforten ergaben, blieben die Hausdurchsuchungen in Essen, Bonn, Gelsenkirchen usw. am 12. Mai, morgens um 6 Uhr, ohne jedes Resultat. Die gehausuchten Schwerindustriellen, die Generaldirektoren Bögel, Wiskott, Bergstr. Dr. Winthaus usw., sowie des Geschäftsführers des bergbauartigen Vereins, Herrn von und zu Löwenstein, setzten sich prompt auf das hohe Pferd, ließen durch den Rechtsanwalt Dr. Mansfeld in Essen sogar wegen dieser Hausdurchsuchungen einen Strafantrag gegen den Berliner Polizeipräsidenten stellen.

Auf die Warnungen der schwerindustriellen Rutschisten durch das WTB hatten wir gestern bereits hingewiesen. Der Urheber der Warnung ist also der Oberregierungsrat Mühlstein. Dem Reporter des WTB wurde für seine Arbeit der Lohn von 250 Mark ausgezahlt. Er hat trotzdem nicht dicht gehalten und so sind die Zusammenhänge, deren Wichtigkeit heute nicht mehr bestritten werden kann, an die Öffentlichkeit gelangt. Die Schwerindustriellen saßen damals auf dem großen Pferde. Die Enthüllungen zeigen aber, daß die Kreise um Hugenberg, Wöglar und Kirdorf nichts gelernt und nichts vergessen haben. Sie sind jederzeit bereit, ihre Diktatur zu errichten. Dies um so mehr, wenn ein Reichsanwalt vom Schlage Dr. Luthers an der Spitze des Reiches steht.

Der Kellogg-Pakt verpflichtet zur Aufrüstung!

Rechtfertigt der Inhalt des Kellogg-Paktes die scharfe Kritik, die ihn als ein Mittel kennzeichnet, mit dem die imperialistischen Mächte die Völker über den wahren Charakter ihrer Politik täuschen wollen, ohne von dieser Politik auch nur einen Schritt abzugeben? Bedeutet der Pakt trotz der in ihm ausgesprochenen Achtung und des Verzichtes auf den Krieg wirklich keinen Schritt vorwärts in dem Kampfe für den Frieden? Haben nicht gerade die Sozialisten Grund zur Befriedigung darüber, daß diejenigen, die früher stets den Krieg verherrlichten, jetzt selber zu seiner Verachtung übergehen? Geht nicht von dieser „Achtung“ ein starker moralischer Antrieb aus, der die Hemmungen gegen einen neuen Krieg schließlich doch unüberwindlich machen muß? Gewiß, es gibt solche Auffassungen nicht nur unter den Gegnern der Arbeiter, aber sie sind illusionär! Denn weder das was in dem Pakt drin steht, noch die Auslegung, die ihm seine Träger gegeben haben, rechtfertigen sie.

Alle Regierungen, die sich beeilen, ihre Zustimmung mit oder ohne Vorbehalte zu erklären, taten es unter gleichzeitigen Beteuerungen für den Frieden. In Wirklichkeit bedeutet der Pakt für den Frieden nichts. Seine Bestimmungen enthalten weder irgendeine praktische Forderung, noch überhaupt den tatsächlichen Verzicht auf den Krieg. Das ist ja die bodenlose Heuchelei, die in ihm enthalten ist, daß trotz der angeblichen Verzichtserklärung das „Recht der Selbstverteidigung“ ausdrücklich anerkannt wird. Das aber ist die Anerkennung des Krieges, nach dem eben der Verzicht auf ihn ausgesprochen worden ist. Mit dieser Formulierung ist der Kellogg-Pakt den Militaristen und Imperialisten in den untergeordneten Staaten nicht nur ungefährlich, sondern aus ihm können sie zu jeder Zeit die Rechtfertigung zu einem neuen Krieg ableiten, wenn ihnen die Umstände dazu günstig erscheinen.

Die Offenheit, die die Diplomaten bei ihrem Handwerk gerne meiden, ist gelegentlich den Militaristen eigen. Der frühere Chef der deutschen Heeresleitung, Generaloberst v. Seeckt, liebt es, über Dinge, die er versteht, offen zu reden und zu schreiben. Er ist vor einiger Zeit der aus „nationalen Gründen“ immer wieder vorgetragenen Auffassung entgegengetreten, nach der die deutsche Reichswehr in einem kommenden Kriege so gut wie keinen militärischen Wert hat. Er wies nach, daß bei der fortschreitenden Kriegstechnik ein Heer, wie die deutsche Reichswehr, geradezu das Heer der Zukunft ist. Jetzt nimmt er im Septemberheft der „Monatsschrift für internationale Zusammenarbeit Nord und Süd“ Stellung zum Kellogg-Pakt. In einem Artikel: „Wo stehen wir?“ kritisiert er die Arbeit der Kommissionen, die bisher in der Abrüstung tätig gewesen sind, einschließlich der Ablehnung des russischen Abrüstungsvorschlages. Dann wendet er sich dem Kellogg-Pakt zu. Nach Seeckt bezieht sich Deutschland, diesem amerikanischen Vorschlag unumwunden Beifall zu geben und zuzustimmen, wie es allen Bestrebungen zustimmen muß, die auch nur eine entfernte Aussicht auf Besserung seiner klaglichen machtpolitischen Lage bringen“. Darin liegt das offene Eingeständnis, daß Stresemann und die hinter ihm stehenden Schichten nicht aus Sorge um den Frieden, sondern nur um ihre machtpolitische Stellung zu stärken, den Kellogg-Pakt unterzeichnet haben. Und nunmehr werden sie auch alle Möglichkeiten ausschöpfen, die sie als Träger des Paktes aus ihm schöpfen können.

Seeckt unterstreicht das in dem Pakt beigegebenen Auslegung ausdrücklich anerkannte „Recht auf Selbstverteidigung“. Er sieht für Deutschland darin einen Fortschritt über den Versailler Vertrag hinaus, der, wenn er auch Deutschlands „Recht auf Selbstverteidigung“ formell nicht bekräftigt, so doch durch die auf Grund seiner Bestimmungen „durchgeführte Entwaffnung dieses Recht mit allen Mitteln zu hindern strebt“. Seeckt sagt, daß die Anerkennung des „Rechtes der Selbstverteidigung“ die Möglichkeit für die Selbstverteidigung voraussetzt. Anerkennt der Pakt aber beides, so muß, wie allen anderen Unterzeichnern des Paktes, auch Deutschland die Freiheit gegeben werden, alles daranzusetzen, das Recht der Selbstverteidigung auch ausüben zu können.

Dazu, also nur zur „Selbstverteidigung“, ist Bewaffnung nötig!

Wenn der Fall der „Selbstverteidigung“ gegeben ist, darf über macht sich der Generaloberst gar keine Gedanken. Alle die, die im Proletariat geneigt sind, lange über die Formel: Verteidigungs- oder Angriffskrieg zu theoretisieren, mögen zur Lehre die folgenden Sätze lesen:

„Darüber, ob ein Krieg ein Angriffskrieg, oder ein Verteidigungskrieg ist, entscheiden nicht völkerrechtliche Unterstellungen vor, während oder nach dem Kriege, sondern der Ausgang. Die Verteidigung der Interessen eines Staates ist doch wohl auch eine nationale Politik, es brauchen nicht immer die Grenzen zu sein, die bedroht sind, und Frankreich von Amerika angenommener Vorbehalt zum Vertrag stellt ausdrücklich fest, daß jedes Volk allein

Bereit gegen die Faschisten Oesterreichs

SPD Wien, 13. September.

Die Heimwehren planen für den 7. Oktober einen Aufmarsch aller Heimwehren aus Oesterreich nach Wiener-Neustadt. Darüber herrscht in der Arbeiterschaft dieser Industriestadt große Erregung. Die Heimwehrententrale hat sich deshalb zu der Erklärung veranlaßt gesehen, daß sie nicht alle Heimwehren aus Oesterreich, sondern nur aus den angrenzenden Ländern nach Wiener-Neustadt kommen lassen will.

Die Vertrauensmänner der Eisenbahner in Wiener-Neustadt haben nun am Mittwoch eine Versammlung abgehalten und eine entschiedene Protestkundgebung gegen die Provokation der Heimwehren beschlossen. Sie erklären, daß die Erregung unter den Eisenbahnern infolge dieser Provokation wächst und die Vertrauensmänner sich veranlaßt fühlen, auf die Gefahr aufmerksam zu machen, die das für die Arbeitsfreudigkeit der Eisenbahner zur Folge haben könnte. Die Eisenbahner stehen geschlossen mit der übrigen Arbeiterschaft in der Abwehr und werden alle Maßnahmen treffen, die geeignet sind, die Angriffe der Reaktion mit aller Entschiedenheit abzuwehren.

Die Reaktion probiert's

WTB Wien, 13. September.

Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurde heute nachmittags der vorantwärtliche Redakteur der Notizen Fahnne, Erwin Jader, in der Redaktion des Blattes verhaftet. Diese Maßnahme steht im Zusammenhang mit der Beschlagnahme der heutigen Nummer der Notizen Fahnne, die einen Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Oesterreichs zum Sonntag, dem 7. Oktober, dem Tage des angekündigten Aufmarsches der Heimwehren in Wiener-Neustadt veröffentlicht. In dem Aufruf sowie in dem Leitartikel des Blattes erklärt die Staatsanwal-

tschaft wegen der darin enthaltenen Aufforderung zum bewaffneten Vorgehen des Proletariats den Tatbestand des Hochverrats, nämlich Aufreizung zum Bürgerkrieg.

Das Monopol der Großmächte Personalpolitik in Genf

SPD Genf, 13. September.

In der Budgetkommission des Völkerbundes griffen am Donnerstag bei der Beratung der Personalausgaben die Vertreter Norwegens und Hollands die Personalpolitik des Völkerbundes sehr scharf an. Der Norweger betonte, daß zu Anfang Universitätsleute oder Leute aus dem praktischen Leben zu Völkerbundsbeamten ernannt worden seien. Heute ernenne man fast nur Diplomaten, die an das Interesse ihres eigenen Landes, aber nicht an die internationale Humanität denken. Die höheren Posten seien bestimmten Staaten vorbehalten, der 1920 vorgeschriebene Wechsel in der Besetzung der Posten sei nicht erfolgt. Im norwegischen Parlament hätten zahlreiche Abgeordnete gegen die Bewilligung der Kredite für den Völkerbund gestimmt, weil sich immer mehr zeige, daß die fundamentalen Prinzipien des Völkerbundes nicht eingehalten würden.

Der Holländer erklärte, daß die sechs händigen Ratsmitglieder gleichzeitig nicht nur die sechs höchsten Beamtenposten des Sekretariats innehätten, sondern auch die Bureaus dieser sechs höchsten Beamten, in denen fast ausnahmslos deren Landsleute tätig seien. Damit hätten die Großmächte ein dreifaches Monopol im Völkerbund. Die Bureaus der höheren Beamten bildeten schon mehr Gesandtschaften der Großmächte in Genf als Völkerbunds-bureaus. Das alles gebe dem Völkerbund eine aristokratische Struktur, die zu einer Gefahr für seine Entwicklung werden könne. Den beiden Kritikern trat ein Franzose und ein Italiener entgegen.